

# Worm: „Gespaltene Zunge bei Waffen“

**Hildburghausen** – Landtagsmitglied Henry Worm wirft in einer Pressemitteilung der Thüringer Landesregierung vor, beim Thema Waffenrecht mit gespaltener Zunge zu sprechen. Mit der EU-Feuerwaffenrichtlinie würden Jäger und Sportschützen unter Generalverdacht gestellt:

Die Thüringer Jäger und Sportschützen hätten laut Worm von den derzeitigen Regierungsparteien nicht allzu viel erwarten. Dies habe dieser Tage die Behandlung der EU-Feuerwaffenrichtlinie in den Ausschüssen des Thüringer Landtags deutlich gemacht.

„In Form eines sogenannten ‚Frühwarndokumentes‘ hatten dieser Tage die zuständigen Ausschüsse darüber zu befinden, ob der vorgesehene Rechtsakt nicht das Prinzip der Subsidiarität verletzt. Was ungefähr so viel bedeutet, darüber zu befinden, ob eine vorgesehene Regelung, die im eigenem Land besser geregelt werden kann auch

dort geregelt werden soll“, schreibt Worm in seiner Mitteilung.

Im Hinblick darauf, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten schon



Henry Worm

ein verschärftes Waffenrecht Anwendung finde, hätte die Landesregierung durch die Ablehnung der Vorlage auch ein klares Bekenntnis zugunsten der zahlreichen Thüringer Schützenvereine mit über 14 000 Mitgliedern oder den 11 200 Jägern in Thüringen abgeben können, kritisiert der CDU-Politiker.

Auch zähle es für die EU-Kommission aus Brüssel nicht, dass ein Sportschütze in Deutschland mindestens ein Jahr regelmäßig in einem Verein Schießsport betreiben und eine entsprechende Fach- und Sachkundeprüfung absolvieren und zusätzlich durch die zuständige Behörde auch seine Zuverlässigkeit bestätigt werden muss, bevor er überhaupt auf le-

galem Weg eine Waffe erwerben darf.

Unter der Überschrift einer wirksamen Bekämpfung des illegalen Waffenhandels würden zusätzlich in unzulässiger Weise legale Waffen den illegalen und deren Handel gleichgesetzt. Dass terroristische Anschläge fast ausnahmslos mit nichtregistrierten illegalen Waffen oder mit Kriegswaffen verübt würden, sei eine Tatsache, die für die EU-Bewertung keine Rolle spiele, meint Worm.

„Mit noch mehr Bürokratie ‚Made in EU‘ wird den Jägern und Sportschützen wohl zukünftig das Leben noch schwerer gemacht“, befürchtet das Mitglied des Landtags.

Die vorgesehene Befristung einer Waffenbesitzkarte auf fünf Jahre sowie die geplante ärztliche Untersuchung würden, so heißt es weiter, nicht unmittelbar zu mehr Sicherheit führen, wohl aber zu Mehrkosten für die Betroffenen sowie zu Überlegungen bei den meistens älteren Mitglieder der Schützenvereine und Jagdgenossen, in Zukunft nun endgültig ihr Hobby an den Nagel zu hängen.

„Aber vielleicht ist das ja auch alles so gewollt. Wenn es den Grünen schon nicht gefällt, dass sich derzeit verstärkt Menschen Pfefferspray oder Schreckschusspistolen besorgen, wie suspekt muss da erst eine Person sein, die zu Hause im Tresor eine registrierte Waffe aufbewahrt“, so der Wortlaut in der Mitteilung.

Während im Fachausschuss für Landwirtschaft und Forsten die Landesregierung eine Verschärfung des Waffenrechts in der vorliegenden Form als nicht zielführend ablehnt habe, hätten Landesregierung und Mitglieder von SPD, Grünen und Linken in den weiteren Ausschüssen ein zustimmendes Votum zur EU-Vorlage abgegeben. Dies sei offensichtlich konsequent, so Worm weiter, da sich Rot/Rot/Grün in Thüringen grundsätzlich für waffenfreie Privathaushalte ausspreche, obwohl doch Straftaten mit Schusswaffen weniger als 0,2 Prozent der erfassten Fälle ausmachen und hierbei fast ausschließlich illegale Schusswaffen verwendet würden.